



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrates, die Medienvertretenden und die Gäste zur achten Sitzung des Langenthaler Parlaments im Jahre 2014.

Obwohl seit der letzten Stadtratssitzung nur drei Wochen vergangen seien, habe sich in Langenthal trotzdem sehr vieles bewegt:

- Der Designer-Saturday sei besonders erwähnenswert (1./2. November 2014). Der Anlass sei in der Schweizer Designszene einzigartig und finde dort statt, wo Design entstehe – an den Werkplätzen der Langenthaler Designindustrie. Seit dem Jahre 1987 werde der Anlass im Zweijahresrhythmus von rund 70 nationalen und internationalen Firmen genutzt, um sich und ihre Produkte auszustellen, womit der Name Langenthal in die Welt hinausgetragen werde. Mit Durchschnitt habe dieser Anlass wahrlich nichts zu tun. Der Anlass sei eher überdurchschnittlich.
- Auch der Glatte Märit in der Markthalle (7. – 9. November 2014) habe viele Besucherinnen und Besucher nach Langenthal geführt.
- Der Abstimmungskampf betreffend nationale und kommunale Themen anlässlich der Abstimmung am 29./30. November 2014 sei nun auch in Langenthal angekommen.
- Der Tag der offenen Tür des Stadttheaters (Samstag, 15. November 2014) sei informativ und aufschlussreich gewesen. Wer sich interessiert habe, habe sich vor Ort über die Vor- oder eventuell auch Nachteile der Umbauvorschläge informieren können. Er persönlich finde, dass es sich um eine gelungene Veranstaltung gehandelt habe, weil man sich vom Zustand, in welchem sich das Stadttheater befinde, habe überzeugen können.
- Leider habe er die traurige Mitteilung zu machen, dass Herr Markus Reinhard, ehemaliger Stadt- und Kantonspolizist, letzten Montag verstorben sei. Herr Markus Reinhard sei oft als Polizist im Saal oder im Foyer während den Stadtratssitzungen im Einsatz gewesen. Zum Andenken an Markus Reinhard befinde sich eine Kondolenzkarte zur Unterzeichnung durch die Ratsmitglieder im Umlauf. Er bitte die Anwesenden, kurz an Markus Reinhard zu denken. *(Gedenkminute)*

### Appell der Protokollführung:

- **35** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
  - **3** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend.

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 18.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet oder vorliegend.

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **35** Stadratsmitglieder anwesend. Ab 19.10 Uhr (Traktandum Nr. 1) sind **37** Stadratsmitglieder anwesend.



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 1. Totalrevision Taxireglement: Erlass

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer (FDP):** Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat, dem vorliegenden, total revidierten Taxireglement (Version vom 22. Oktober 2014) zuzustimmen.

Wie in den Grundlageakten nachzulesen sei, seien die Gemeinden für die Kontrolle bzw. die Aufsicht und den Vollzug der Taxiverordnung im Kanton Bern verantwortlich. Um die Umsetzung einheitlich durchzusetzen, sei von den betroffenen Städten gemeinsam ein Musterreglement erarbeitet worden, welches nun vorliege.

Massgeblich neu seien die höheren Anforderungen an

- die Taxihalterbewilligungen (Sprachkompetenz, Ortskenntnisse, Bereitschaftspflicht)
- die Taxichauffeure und Taxichauffeurinnen (Eignungsprüfung, Leumundszeugnisse, etc.)

Das neue Reglement sei so aufgebaut, dass es nur Regelungen enthalte, die ergänzend zur kantonalen Verordnung festgelegt werden müssen und aus kommunaler Sicht nötig seien, was die Totalrevision des aus dem Jahr 1996 stammenden Langenthaler Taxireglements bedingt habe. Um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten, werden die theoretischen Eignungsprüfungen für Taxihalterinnen und Taxihalter bzw. für die Taxiführenden mit Hilfe einer Leistungsvereinbarung an die Stadt Bern delegiert. Die praktische Eignungsprüfung obliege dem Polizeiinspektorat der Stadt Langenthal. Von den beiden ortsansässigen Taxibetrieben seien anlässlich der Vernehmlassung keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche beigebracht worden.

**Zuständigkeit:** Der Stadtrat erlasse das Reglement, der Gemeinderat ergänze die Gebührenverordnung und schliesse mit der Stadt Bern eine Leistungsvereinbarung für den theoretischen Teil der Eignungsprüfungen ab.

**Verwaltungsaufwand:** Die in sehr geringer Anzahl abzunehmenden praktischen Eignungsprüfungen (erfahrungsgemäss pro Jahr allenfalls eine oder zwei) lassen sich mit vorhandenen personellen Ressourcen bewältigen. Die Kosten werden durch die Gesuchsteller/Gesuchstellerinnen getragen.

Die Finanzkommission und die Kommission für öffentliche Sicherheit haben dem vorliegenden Reglementsentwurf zugestimmt.

**GPK-Präsident Bernhard Marti (SP):** Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Totalrevision auseinandergesetzt, welche aufgrund neuer kantonomer Vorschriften habe vorgenommen werden müssen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass es den Taxiführenden, gemäss dem geltenden Taxireglement erlaubt sei, auf öffentlichen Parkfeldern auf Kundschaft zu warten. Diese Bestimmung sei im vorliegenden Reglementsentwurf nicht mehr enthalten. Der Geschäftsprüfungskommission sei daraufhin mitgeteilt worden, dass auf die alte Regelung bewusst verzichtet worden sei, weil es den Taxiunternehmen nicht gestattet sei, sich irgendwo weitere Standplätze einzurichten, auch wenn sie allenfalls die Parkgebühren dafür zahlen würden und weil sie sich damit einen ungerechtfertigten Vorteil innerhalb des Taxigewerbes ergattern würden. Auch künftig werde zugelassen, dass Taxis nach Wirtschaftsschluss im Zentrum auf Kunden warten dürfen, aber alle am gleichen Ort und für alle zugänglich.

Die Geschäftsprüfungskommission habe zur Kenntnis genommen, dass für die praktische Prüfung Gebühren von Fr. 100.00 vorgesehen seien, und dass die Festlegung der Gebühren in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit der Vorlage einstimmig festgestellt.



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

**Pascal Dietrich (JL):** *"Bürokratie ist der Tod jeder vernünftigen Arbeit!"* (Zitat Albert Einstein). Die neue, heute zu beratende Taxireglementierung sei seiner Meinung nach wirklich ein Musterbeispiel für eine ausufernde Bürokratie. Natürlich sei daran nicht das Amt für öffentliche Sicherheit Langenthal schuld, da der Kanton die Regeln vorgebe. Offenbar sei es so, dass Probleme, die möglicherweise in Bern oder Biel bestehen oder bestanden haben sollen, dazu führen, dass in Langenthal ein Papierkrieg entfacht werde. Er finde dies traurig und appelliere an dieser Stelle einmal mehr an die Grossräte der Stadt Langenthal, Bürokratie und Bürokraten dieser Art möglichst zu stoppen.

Da in Langenthal selber ja diesbezüglich leider nichts zu machen sei, müsse dem vorliegenden Reglementsentwurf und damit dem neuen Formulkrieg halt zugestimmt werden.

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass auf die artikelweise Durchsicht und Beratung der Entwurfsversion vom 22. Oktober 2014 des Taxireglements verzichtet wird.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**

- 1. Das total revidierte Taxireglement wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention); Weiterführung bis 31. Dezember 2016, Genehmigung; Finanzierung, Bewilligung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer (FDP):** Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat die Weiterführung des Projekts SIP bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode. Es gehe um einen Nachkredit zu Lasten der Rechnung 2015 und um die Einstellung des gleichen Betrages im Budget 2016.

Der Gemeinderat danke dem SIP-Team und dem Trägerverein ToKJO für deren Arbeit und den Einsatz zu Gunsten der Stadt Langenthal. Dank gebühre ebenfalls allen Stadträtinnen und Stadträten, welche sich die Zeit genommen haben, SIP-Patrouillen zu begleiten. Heute Abend biete sich sicher die Gelegenheit, entsprechende Wahrnehmungen und gesammelte Eindrücke aus diesen Einsätzen in die Diskussion um den Entscheid einzubringen.

Allgemein könne anhand von Erfahrungsberichten festgestellt werden, dass sich die Personen in der Szene generell ruhiger verhalten und sich meist an die Regeln halten. Klagen aus der Nachbarschaft gehen meisten direkt an SIP und können so schneller zu den nötigen Interventionen führen. SIP sei es ebenfalls gelungen, Szenegänger aus der Anonymität herauszuholen, womit alle, die sich auf dem Wuhrplatz aufhalten, den Behörden bekannt seien. Auch die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und SIP zahle sich klar aus. Selbstverständlich gebe es nach wie vor Unruhestiftende, welche Fernhalteverfügungen missachten und Bussen nicht bezahlen.

Die Aufgabe von SIP-Patrouillen seien aufgrund folgender Feststellungen umso wichtiger:

- Die Verlegung des Krisen- und Interventionszentrum der Spital Region Oberaargau (SRO) von Niederbipp nach Langenthal habe leider unter anderem zur Folge, dass einige der betreuten Personen mit Suchtproblemen neu auch in der Alkohol- und Drogenszene in Langenthal anzutreffen seien.
- Das Durchgangszentrum in Aarwangen beherberge nicht wie üblicherweise 50-80 Personen, sondern sei mit 180 Personen voll belegt, was direkte Auswirkungen auf die Drogenszene in Langenthal habe.
- Eine restriktive Haltung der Kantonspolizei werde durch Gerichtsentscheide, wofür weder die Kantonspolizei noch die Stadt Langenthal verantwortlich seien, behindert.
- Die örtliche Zersplitterung der Szene in Langenthal habe durch die beiden obgenannten Gründe zugenommen (Spitalplatz und Umgebung, Reitplatz, Areale und die Schulanlagen Kreuzfeld).

Aus Sicht des Gemeinderates bilde SIP zur Bewältigung dieses gesellschaftlichen Problems ein zentrales Element, mit welchem gefährliche Rückstände im öffentlichen Raum beseitigt werden können, indem die Anonymität aufgehoben werde, indem konsequent Einfluss auf das Verhalten genommen und indem Gefährdungen konstant gemeldet werden. Eigentlich sei es himmeltraurig, erwachsenen Leuten sagen zu müssen, wie sie sich zu verhalten haben.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis am 31. August 2014 seien insgesamt 576 Stunden für die Bekämpfung der Szene und 458 Stunden für Nachtpatrouillen aufgewendet worden. Weiter seien von der Kantonspolizei im gleichen Zeitraum im Rahmen der eingekauften Ressourcen 270 Kontrollstunden geleistet worden. Von der Kantonspolizei werde in allen Rapporten die Wichtigkeit von SIP für ihre Interventionsarbeit ausdrücklich betont.



Die Verlängerung des Projektes SIP soll sicherstellen, dass die ausgewiesenen Erfolge mindestens auf dem aktuellen Niveau gehalten werden können. Gemäss Sicherheitskonzept und den Regierungsrichtlinien soll die Nutzung des öffentlichen Raumes für alle zugänglich sein – unter den Bedingungen, dass

- keine Besitzansprüche geduldet werden,
- die Aufenthaltsorte sauber zu halten sind,
- Dealer und Drogenkonsumenten der Gerichtspolizei zugeführt werden können,
- jegliche Anwendung von Gewalt unterbunden wird,
- allgemein gültige Werte und Normen und die gegenseitige Rücksichtnahme eingehalten werden.

Fazit: Die Fortführung der bisher eingeleiteten Massnahmen - selbstverständlich auch die fortlaufende Überprüfung und wenn nötig die Optimierung - können den bisherigen Erfolg sicherstellen.

**GPK-Mitglied-Beatrice Lüthi (FDP):** Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit des Geschäfts einstimmig.

In der Geschäftsprüfungskommission habe die einmal mehr beantragte Verlängerung des Projektes für eine kurze Diskussion gesorgt. Weil die Verlängerung Ende 2016 auslaufe, sei die Frage in Bezug auf das "wie weiter" nach dieser erneuten Befristung aufgetaucht, zumal es schlussendlich drei Möglichkeiten gebe um weiter vorgehen zu können: ersatzlose Aufhebung des Projektes; Weiterführung "Providurium"; Erlass einer permanenten Lösung in einem korrekten Verfahren innerhalb korrekter Kompetenzen.

Die Geschäftsprüfungskommission sei sich in materieller Hinsicht bewusst, dass das Projekt keine "eierlegende Wollmilchsau" sein könne und, dass sich die Probleme damit nicht auf Null reduzieren lassen. Nichts desto trotz habe das Projekt aber einen hohen Nutzen und sei sinnvoll. Zudem werde in Zukunft geprüft, ob und was für Verbesserungen in Bezug auf die Kompetenzen und die Zusammenarbeit der daran beteiligten Stellen sowie der Einbezug anderer Gemeinden möglich sein könnten. Der Gemeinderat habe der Geschäftsprüfungskommission zugesichert, rechtzeitig Vorschläge für das weitere Vorgehen (nach 2016) vorzulegen, damit vor der Entscheidungsfindung eine Diskussion darüber geführt werden könne, ohne hetzen zu müssen.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (jll):** Schon letztes Jahr habe er für die FDP/jll/BDP-Fraktion zum vorliegenden Thema gesprochen. Damals habe er sich eigentlich der Beurteilung des Gemeinderates und des Amtes für öffentliche Sicherheit angeschlossen, wonach das SIP-Projekt eine Erfolgsgeschichte sei. Heute würden in der FDP/jll/BDP-Fraktion jedoch gewisse Zweifel bestehen, ob SIP wirklich als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet werden könne. Dies allerdings nicht wegen dem SIP-Team, das gute Arbeit leiste, sondern wegen den bestehenden Rahmenbedingungen, die im Bericht und Antrag relativ deutlich beschrieben seien: Auf Seite 5 werde beschrieben, dass das Verwaltungsgericht die Kantonspolizei zurückgepfiffen habe, weil die Situation mit den Fernhalteverfügungen über längere Zeit nicht geklärt gewesen sei und dass es heute so sei, dass Wahrnehmungen des SIP-Teams nicht mehr reichen, um eine Fernhalteverfügung durch die Polizei auszulösen bzw. dass die Polizei die Wahrnehmung selber machen müsse, um eine Fernhalteverfügung erlassen zu können. Auf Seite 6 des Berichts werde auf die Problematik einer Einzelperson, die eigentlich alle auf Trab halte und einen grossen Teil des Aufwandes verursache, hingewiesen. Diese Ausführungen haben in der FDP/jll/BDP-Fraktion eine gewisse Ratslosigkeit zurückgelassen. Im Vergleich mit dem vorangegangenen Traktandum (Taxireglement), womit eine Überreglementierung eingeführt werde, fehlen den Behörden im vorliegenden Fall offenbar wirksame Instrumente, um diesen krassen Fall in den Griff zu bekommen.

Trotzdem gelte es sich die Frage zu stellen, wie die Situation ohne SIP wäre? In der FDP/jll/BDP-Fraktion herrsche klar die Meinung, dass die Situation ohne SIP sehr wahrscheinlich noch schlimmer wäre, weil es eben verschiedene Probleme gebe. Langenthal bleibe mangels anderer Alternativen nichts anderes übrig, als mit den, den kommunalen Behörden überhaupt noch verbleibenden Mitteln, zu reagieren.

Es gelte sich nach der Decke zu strecken, weshalb die FDP/jll/BDP-Fraktion einstimmig der Meinung sei, das Projekt weiterführen zu müssen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei mit der Befristung des Projektes einverstanden und auch damit, dieses immer wieder in Bezug auf dessen Sinn neu zu beurteilen.



**SVP-Fraktion, Albert Schaller (SVP):** Die SVP Fraktion könne sich für das vorliegende Geschäft nicht erwärmen. Die Argumente dagegen seien im Wesentlichen die gleichen geblieben, die er schon vor einem Jahr vorgebracht habe. Damals habe schon festgestellt werden können, dass die offene Drogenszene in Langenthal - insbesondere die Szene auf dem Wuhrplatz - nicht angewachsen sei. Seit Herbst 2013 habe sich die Szene allerdings doch verändert.

Wie dem Bericht des Amtes für öffentliche Sicherheit (AföS) entnommen werden könne, habe das KIS (Kriseninterventionszentrum) seine Aktivitäten von Niederbipp nach Langenthal verlegt. In dieser offenen Institution werden auch Personen mit Suchtproblemen betreut. Einige davon (Personen aus der Tagesklinik) halten sich mehr oder weniger regelmässig auf dem Wuhrplatz auf. Weitere Personen können dem TBK (Teilbegleitetes Wohnen) oder dem ZAS (Zentrum für ambulante Suchtbehandlung) zugeordnet werden. Vermutlich sei das der Preis bzw. die Auswirkung, die die Stadt Langenthal für ihre Zentrumsfunktion bezahlen müsse.

In der SVP-Fraktion gebe es nach wie vor zu reden, dass die Stadt – obwohl sie mit der Kantonspolizei einen Ressourcenvertrag abgeschlossen habe - trotzdem für die Sicherheit noch zusätzlich eine SIP finanzieren müsse. Die SVP-Fraktion erwarte vom AföS, dass im Rahmen der "Brennpunktfestlegung" mit der Kantonspolizei der Szenenbekämpfung in Langenthal vermehrt ein Augenmerk geschenkt werde, was aber natürlich nicht auf Kosten anderer Gebiete erfolgen soll.

Er und zwei weitere Mitglieder der SVP-Fraktion haben das SIP in den letzten Wochen während eines Abends begleitet. Den Mitarbeitern von SIP werde attestiert, ihre Arbeit auftragsgemäss erledigt zu haben und zu erledigen. Da die Mitarbeitenden des SIP aber nicht über mehr Kompetenzen verfügen, als alle hier im Saal Anwesenden, sei deren Aufgabe sehr rudimentär und sie beschränke sich schlussendlich auf gutes Zureden oder auf die Erhebung von Personalien zur Weitergabe an die Polizei.

Ihm persönlich gebe zu denken, dass sich das Instrument der Fernhalteverfügungen zum Teil als nicht sehr wirkungsvoll herausstelle, auch wenn diese von der Polizei ausgestellt und rechtlich abgesichert seien. Es könne doch nicht sein, dass eine Person während mehreren Monaten dutzende Male verzeigt werde, ohne damit auch nur eine geringste Wirkung zu erzielen. Vermutlich sei es für Gerichte einfacher, einen Automobilisten zu verurteilen und zu büssen, der 17 km/h zu schnell gefahren sei, als einen notorischen Gesetzesbrecher in den Senkel zu stellen.

Die SVP-Fraktion stelle Alles in Allem fest, dass im Zusammenhang mit diesem Geschäft und der dahinter steckenden Problematik eine gewisse Ohnmacht herrsche.

Die SVP-Fraktion habe im Jahre 2012 in den Wahlaussagen und Wahlzielen geschrieben: *"... der Bildung von offenen Alkohol- und Drogenszenen entschieden entgegen zu treten."* Da das vorliegende Geschäft vielleicht ein Stück näher an dieses Ziel herantühre, werde die SVP-Fraktion der Weiterführung von SIP mehrheitlich – allerdings ohne Begeisterung – zustimmen.

**SP/GL-Fraktion, Therese Grädel-Fankhauser (SP):** Die SP/GL-Fraktion stehe geschlossen hinter dem Antrag des Gemeinderates. Natürlich seien auch die Mitglieder der SP/GL-Fraktion nicht glücklich darüber, dass es SIP überhaupt brauche. Es gelte der Wahrheit in die Augen zu blicken und anstatt die Faust im Sack zu machen, oder sich gar darüber zu mokieren, aufzuregen oder zu jammern, nach einer Lösung zu suchen. SIP sei eine gute, flexible und angepasste Lösung.

Auch sie sei auf einem Rundgang mit SIP gewesen. Sie sei vor allem sehr beeindruckt davon, wie menschlich und anständig mit diesen "Kauzen", die wirklich fast auf dem Wuhrplatz hausen, umgegangen werde. Dieser Umgang tue diesen Menschen gut und trage wesentlich dazu bei, dass es in der letzten Zeit weniger dramatisch zu und hergegangen sei.

Auch die SP/GL-Fraktion finde, dass wer Regeln nicht einhalte, gemassregelt werden müsse. Es sei wirklich traurig, wie viele Leute nicht wissen, wie man sich in der Gesellschaft aufzuführen habe (Liegen lassen von Dreck und Abfall, anstands- und rücksichtsloses Verhalten).



Vor den Mitarbeitenden von SIP habe sie grossen Respekt. Sie sei dankbar dafür, dass es überhaupt Leute gebe, die eine solche Arbeit machen. Diese Arbeit könne sogar gefährlich sein, da beim Öffnen einer WC-Türe niemand wisse, was alles passieren könne. Diese Arbeit zu machen, erfordere Mut und eine sportliche Konstitution. Ihr Rundgang habe bei der Kirche Geissberg begonnen. Sie sei mehrmals über den Wuhrplatz bis zu den Schulanlagen im Hard gelaufen. Nach vier Stunden sei sie fix und fertig gewesen.

Sie danke den Mitarbeitenden von SIP herzlich dafür, diese Arbeit zu machen und Verantwortung dafür zu übernehmen. Einen speziellen Dank richte sie an den Mitarbeiter des Werkhofs, der regelmässig die "Schliesshäuser" in Langenthal putze.

Fazit: SIP werde gebraucht. SIP habe sich bewährt. SIP sei flexibel. SIP helfe Ärger zu vermindern und Kosten zu senken. SIP sei letztendlich eine gute Sache!

**EVP/glp-Fraktion, Rahel Lanz (EVP):** Auch bei diesem Traktandum lege sie offen, eine Mitarbeiterin von SIP zu sein. Trotzdem könne sie die Angelegenheit aus der Sicht als Angestellte von SIP und als Stadträtin gut differenzieren. Zudem vertrete sie die Meinung der EVP/glp-Fraktion.

Zum einen werde schnell vergessen und zum anderen sei man oft froh, schnell vergessen zu können. Als der Wuhrplatz noch nicht umgestaltet gewesen sei, habe man nicht über 6 oder 12, sondern über 30 bis 40 Szenegänger gesprochen. Die WC-Anlagen seien damals von Dealern genutzt worden, um Stoff zu bunkern. Die kleine Wiese neben der Holzbrücke sei die Ersatztoilette für die Kinder der Szenegänger, die Szenegänger selber und deren Hunde gewesen. Auch damals habe die Stadtpolizei und die Kantonspolizei dort patrouilliert. Obwohl der Wuhrplatz auch damals kein rechtsfreier Raum gewesen sei, seien die Zustände kaum haltbar gewesen. Auch im ersten Jahr von SIP seien 20 bis 30 Leute auf dem Wuhrplatz gewesen. Heute würden sich im Durchschnitt zirka 10 Personen auf dem Wuhrplatz aufhalten. Es sei ruhiger geworden und die Zahl der Reklamationen seien auch zurückgegangen.

Die EVP/glp-Fraktion sei davon überzeugt, dass sich die Arbeit von SIP für die Lebensqualität in Langenthal bezahlt mache. Nach mehr Polizei lasse sich immer rufen, nur dass die Polizei nicht wirklich dann vor Ort sein könne, wenn man sie brauche und wo man sie brauche. Zudem würden die dazu benötigten Polizeiresourcen deutlich mehr Kosten generieren, als der Einsatz von SIP. Abgesehen davon, stelle die reine Anwesenheit der Szenegänger auch keine Straftat dar und wo keine wirkliche Straftat vorliege, sei auch keine Polizei vor Ort.

SIP sei präventiv unterwegs und fordere die Organe (Kantonspolizei, Sozialdienste, KESB, AföS) zum Handeln auf. Ein beachtlicher Teil der heutigen Einsätze der Kantonspolizei in der Szene erfolge nach oder auf Intervention von SIP. SIP könne die Kapo direkt oder aber anhand von Feststellungen avisieren. Eine Feststellung werde aufgrund eines entsprechenden Fehlverhaltens durch einen SIP-Mitarbeitenden ausgelöst (Beispiel: nicht angeleiteter Hund).

In der Päng der letzten Fasnacht seien die SIP-Mitarbeitenden als Wohlfühlmitarbeiter bezeichnet worden. SIP nerve nur, habe letzte Woche ein Szenegänger im Radio neo1 gesagt. Die EVP/glp-Fraktion sei überzeugt, dass SIP-Mitarbeitende Wohlfühlmitarbeiter seien, aber nicht die der Szene, sondern die der Bevölkerung Langenthals. Anonymitäten aufheben, Spritzen und Nadeln einsammeln, Dealer stören, Taschendiebe stellen, Ruhestörungen verhindern, Sachbeschädigungen melden und wenn möglich sogar verhindern, Konflikte schlichten und immer wieder verhindern, dass die Szene wachse, darin bestehe die nachweislich auch geleistete Hauptaufgabe der SIP-Mitarbeitenden.

Die erwähnten Fernhalteverfügungen habe die Arbeit im letzten Jahr tatsächlich erschwert. Wer öffentlich auf dem Wuhrplatz Kokain konsumiere, Heroin spritze oder kiffe, werde sich aber ohnehin und aller Voraussicht nach nicht wegen einer Wegweisung panikartig ins Ausland absetzen. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Fernhalteverfügungen gebe es Bussen – nicht mehr und nicht weniger. Diese Leute werden von der Polizei weder vom Platz geprügelt, noch werden diese gleich abgeführt. Die Polizei habe schlicht weg die Kapazitäten gar nicht, um eine wirksame Präsenz zu zeigen. Im Übrigen fallen für jede Straftat auch Schreifarbeiten an.



Die Polizei könne nicht einfach zwei Stunden dastehen und nerven. Ausserdem würden sich die Szenegänger deshalb auch nicht in Luft auflösen, was sie im Übrigen als ein Teil der Gesellschaft auch nicht sollen.

SIP sei organisierte und strukturierte Zivilcourage, weil den SIP-Mitarbeitenden nicht mehr Handlungsspielraum zur Verfügung stehe, als allen anderen Privatpersonen auch, wenn sie auf Patrouille seien. Nicht zuletzt der konstanten Arbeit von SIP sei es zu verdanken, dass der Wuhrplatz heute das sei, was sich Langenthal gewünscht habe: ein gut durchmischter Platz für die Bevölkerung der Region. Auch wenn es heute noch Szenegänger am Rande des Platzes gebe, würden diese kaum noch für Angst sorgen und Störungen durch sie, seien die Ausnahme. Wer ein mulmiges Gefühl habe, wenn er an Menschen aus der Szene vorbeigehe, müsste sich vielleicht einmal überlegen, welche Vorurteile er diesen Menschen rein wegen ihres Äusseren entgegenbringe.

Weil die EVP/glp-Fraktion nicht vergessen habe, wie die Situation vor SIP gewesen sei, sei sie einstimmig der Meinung, die Rückkehr in die alten Zustände zu verhindern.

**Gemeinderat Rolf Baer (FDP):** Von den differenzierten Äusserungen der Fraktionssprechenden beeindruckt, weise er ergänzend darauf hin, dass SIP im Frühjahr 2016 wieder Thema im Stadtrat sein werde. Der Stadtrat werde dann über das Weiterführen oder das Nichtweiterführen von SIP zu beraten haben.

Stadtrat Albert Schaller habe erwähnt, sich der gleichen Argumente bedienen zu müssen, wie letztes Jahr. Auch der Gemeinderat bediene sich der gleichen Argumente, da sich die gesellschaftlichen Probleme seit dem letzten Jahr leider nicht verändert haben.

Die Verantwortlichkeiten seien eigentlich klar: Die Stadt Langenthal sei verantwortlich für die Sicherheit, für die sie sorgen müsse, indem sie entsprechende Mittel, die bei der Kantonspolizei und damit beim Kanton liegen, beziehen müsse. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei funktioniere sehr gut, was nicht nur vom System selber, sondern auch mit der Art und Weise, wie sich die Leuten, die sich in diesem System bewegen, abhängig. Das Amt für öffentliche Sicherheit erfahre die beste Unterstützung der Verantwortlichen der Kantonspolizei.

Stadtrat Albert Schaller habe die Brennpunktfestlegung angesprochen. Die Brennpunktfestlegung erfolge quartalsweise. Der Wuhrplatz beispielsweise stelle einen Dauerbrennpunkt dar. Das Bahnhofareal und die Kreuzfeldanlagen seien weitere Dauerbrennpunkte. Ein Schwerpunkt werde auch auf Verkehrskontrollen gelegt. Von der Kantonspolizei werde der Stadt quartalsweise Rechenschaft abgelegt, wie mit diesen Brennpunkten umgegangen werde.

Dass der Stadt nicht mehr griffige Mittel zur Verfügung stehen, löse tatsächlich manchmal fast eine Ohnmacht aus. Der Gemeinderat gebe aber nicht auf und mache im Rahmen der erlaubten Möglichkeiten weiter.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Der Weiterführung des Projektes SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) wird bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode, das heisst bis 31. Dezember 2016 zugestimmt und die dafür notwendige Finanzierung von Fr. 134'000.00 genehmigt.**
- 2. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015, Konto Nr. 402.318.50, wird ein Nachkredit im Betrag von Fr. 67'000.00 bewilligt. Die Sammelbudgetierung der Kontenart "318.50" wird um diesen Betrag erhöht.  
Der Betrag von Fr. 67'000.00 ist zu gegebener Zeit im Voranschlag der Laufenden Rechnung 2016, Konto Nr. 402.318.50 einzustellen.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. Schulzentrum Kreuzfeld: Sanierung Fernheizzentrale, Genehmigung; Investitionskredit, Bewilligung

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Es gehe um ein Investitionsprojekt, das im Zusammenhang mit Massnahmen stehe, die an der Bildungsinfrastruktur umgesetzt worden seien.

Im Kreuzfeld stehe die zentrale Anlage der Volksschule. In den Schulzentren Hard und Elzmatte gebe es je eine weitere Anlage.

Für Fr. 19 Mio. sei ein Kredit bewilligt worden, um die zwei grossen Schulhäuser zu renovieren. Die Renovation am K1 sei bereits abgeschlossen. Die Renovation des K4 stehe kurz vor dem Abschluss.

Zum Kreuzfeld gehöre auch das sogenannte ehemalige KV-Schulgebäude an der Talstrasse, welches schon in einer früheren Etappe saniert worden sei. Für diese Sanierung habe die Stadt Langenthal bereits das Minergie-Zertifikat erhalten. In das Projekt Kreuzfeld sei die grundsätzliche Zielsetzung gesteckt worden, auch mit den Sanierungen der übrigen Gebäude die Minergie-Zertifizierung zu erreichen. Die Gesamtheit von aufeinander abgestimmten Massnahmen sei der Grund, dass das Minergie-Zertifikat für die Talstrasse bereits vorliege. Für das Kreuzfeld liege vorerst eine provisorische Ausstellung des Minergie-Zertifikats vor. Das Zertifikat werde definitiv ausgestellt, wenn die Heizzentrale bis ins Jahr 2015 nach dem Grundsatz erneuert werde, einen Anteil an erneuerbarer Energie dafür zu verwenden.

Die bestehende Heizzentrale des Kreuzfeldes sei bereits 22 Jahre alt. Die technische Lebensdauer betrage 20 Jahre. Die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte sei mit der heutigen Anlage nicht mehr vollständig möglich. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen (Luftreinhalteverordnung) müsste die Anlage bis spätestens im Jahr 2019 saniert sein. Das Minergie-Zertifikat sei für die Energiestadt Langenthal sicher erstrebenswert. Im Übrigen stehen gewisse Beiträge in Aussicht, wenn das Zertifikat erreicht werde.

Es gebe verschiedene Varianten, wie erneuerbare Energien eingesetzt werden können. Der Einsatz einer Wärmepumpe mit Grundwasserentnahme sei als die sinnvollste Variante erachtet worden. Im Rahmen einer eigens dafür vorgenommenen Prüfung sei abgeklärt worden, ob dafür überhaupt genügend Grundwasser entnommen werden könne. Gemäss Prüfungsergebnis sei die Entnahme möglich, um eine Bandenergiemenge mittels der Wärmepumpe sowie der zusätzlichen Installation eines gasbetriebenen Zusatzbrenners zur Spitzenabdeckung erzeugen zu können. Ein Variantenvergleich zeige auf, dass bei einem Zeithorizont von 20 Jahren, die Kosten für dieses Verfahren in etwa gleich hoch seien, wie für eine reine Gasheizung.

Das Geschäft sei von der ortsansässigen Spezialfirma (Firma Häusler Ingenieure AG) vorbereitet worden. Die Wahl dieser Firma sei über ein Submissionsverfahren (Einladungsverfahren) erfolgt. Insgesamt seien fünf Firmen angeschrieben worden, wovon sich zwei dieser Firmen auf dem Platz Langenthal befinden. Von drei Firmen seien schlussendlich Offerten eingereicht worden.

Die Investition belaufe sich auf Fr. 1'955'000.00 (inklusive Anpassungen an die Unterstationen). Im Investitionsplan sei ein Betrag von Fr. 1'650'000.00 dafür eingestellt. Der Kostenunterschied bestehe darin, dass die Planung auf einer Schätzung beruhe, die einer Kostengenauigkeit von plus/minus 25% entsprechen müsse. Der vom Gemeinderat bereits beschlossene Projektierungskredit habe Fr. 65'000.00 ausgemacht. Demgemäss liege der Kreditantrag rund Fr. 370'000.00 über den Zahlen in der Investitionsplanung. Im Finanzierungsnachweis sei festgehalten, dass die Mehrkosten mit oder in anderen Projekten zu kompensieren seien. Gemäss provisorischer Abrechnungen betreffend die Renovationen des K1 und K4 würden Einsparungen in Aussicht stehen, die um einiges grösser seien, als der Betrag von Fr. 370'000.00, womit die verlangte Kompensierung realisiert werden könne.

Die Ausführung sei im Sommer 2015 geplant, so dass die Anlage im Herbst (Heizperiode) in Betrieb genommen werden könne.



Dem Geschäft sei von den vorberatenden Kommissionen (Bau- und Planungskommission, Umwelt- und Energiekommission, Finanzkommission) zugestimmt worden. Der Gemeinderat stelle somit den Antrag, das Ausführungsprojekt unter Vorbehalt der fakultativen Referendumsmöglichkeit zu genehmigen und den Kredit von Fr. 1'955'000.00 zu bewilligen.

**GPK-Mitglied, Ruth Trachsel (EVP):** Die Geschäftsprüfungskommission stelle die formelle Richtigkeit der Vorlage fest. In der Beratung der Geschäftsprüfungskommission sei unter anderem der Punkt diskutiert worden, dass die Schulgebäude (K1 und K4) den entsprechenden Standard erreichen sollen, um das Minergie-Zertifikat zu erhalten. Auf die Frage, mit welcher Konsequenz gerechnet werden müsste, wenn die Anlage bis ins Jahr 2015 nicht saniert würde, sei geantwortet worden, dass die Stadt wahrscheinlich auf das Minergie-Zertifikat verzichten müsste und dass es unklar wäre, ob die Nichterfüllung auch einen Einfluss auf das Reaudit hätte, um das Label Energiestadt wieder zu erhalten.

**SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP):** Die mittlerweile 22 Jahre alte Wärmeerzeugungsanlage, die mit Öl und Gas betrieben werde, gelte es zu sanieren und deren Unterstationen in acht Gebäuden anzupassen. Die SVP-Fraktion erachte die geplante Grundwassernutzung als den richtigen Ansatz (saubere Luft). Die SVP-Fraktion erachte es auch als richtig, den Spitzenbedarf mit Gas abdecken zu können, da der Gasanschluss in der Heizzentrale bereits vorhanden sei. Die SVP-Fraktion erachte es zudem als richtig, dass eine Zentralheizung im Sinne der Energieeffizienz und zur Vereinfachung der Bewirtschaftung als auch des Unterhalts für alle Häuser im Kreuzfeld realisiert werde.

Die SVP-Fraktion stimme der Sanierungsvorlage einstimmig zu.

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion stimme der Sanierung der Fernheizzentrale zu und genehmige auch den dazu notwendigen Investitionskredit.

Das Ausführungsprojekt sei detailliert geplant und aufgesetzt worden. Die EVP/glp-Fraktion erkenne die dringende Notwendigkeit, die alte Heizung zu ersetzen und begrüsse es auch, dass durch die Heizungsanierung das Schulzentrum Kreuzfeld definitiv mit dem Minergie-Zertifikat ausgezeichnet werden könne. Die Stadt Langenthal setze mit den baulichen Massnahmen ein erfreuliches umweltfreundliches Zeichen.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Robert Kummer (FDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei sich bewusst, was es heisse eine Energiestadt zu sein und nach Minergie-Standards bauen zu müssen. Im Mai 2011 habe der Souverän der Gesamtsanierung des K1 und des K4 zugestimmt und zwar im Wissen, dass der gewünschte Minergie-Standard nur erreicht werde, wenn die Heizanlage später auch noch saniert werde. Konsequenterweise müsse dem Projekt zugestimmt werden, obwohl die Kosten negativerweise mit Fr. 370'000.00 über der Investitionsplanung liegen. Demgegenüber lasse sich damit aber positiverweise Wärme aus dem Grundwasser nutzen, was ein Standortvorteil sei, der in Langenthal nicht allen beschert sei, die von dieser Technik auch Gebrauch machen möchten.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze den Gemeinderat und stimme der Sanierung der Fernheizzentrale einstimmig zu.

**SP/GL-Fraktion, Simon Lüdi (SP):** Die Fernheizzentrale der Schulanlage Kreuzfeld erfülle die gesetzlich vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte nicht mehr, weshalb sie spätestens bis ins Jahr 2019 ersetzt werden müsste. In den letzten drei Jahren seien die Schulgebäude K1 und K4 total saniert worden. Die Minergie-Zertifizierungsstelle des Kantons Bern stelle die Minergie-Zertifizierung der beiden Gebäude in Aussicht, insofern die Heizzentrale bis Ende 2015 (unter Einhaltung des Minergie-Standards) saniert sein werde. Wenn die dadurch verbundenen Fördergelder geltend gemacht werden wollen – was bei der momentanen Finanzlage der Stadt durchaus wünschenswert sei – dann gelte es die terminlichen Rahmenbedingungen des Kantons einzuhalten. Hydrologische Abklärungen hätten ergeben, dass eine Grundwasserwärmepumpe mit einer Gasspitzenabdeckung machbar sei und dass die jährlichen Kosten im Vergleich mit einer reinen Gasheizung praktisch identisch seien.



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

Die Gesamtkosten der Sanierung übersteigen die Kostenschätzungen der Investitionsplanung zwar; durch Einsparungen in anderen Projekten sei die Finanzierung aber sichergestellt. Aufgrund dieser Überlegungen komme die SP/GL-Fraktion zum Schluss, das Projekt zu genehmigen und den Kredit von Fr. 1'955'000.00 zu bewilligen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Persönlich habe er eigentlich mit einem Hinweis auf die zugesicherten Beiträge gerechnet, die ausbezahlt werden, wenn die Minergie-Zertifizierung vorliege. Es gebe zumindest eine provisorische, nicht auf den Franken genaue Zahl, die mit Fr. 375'000.00 zufälligerweise so ziemlich genau gleich hoch sei, wie der den Kredit überschreitende Betrag von Fr. 370'000.00.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**

- 1. Das Ausführungsprojekt betreffend die Sanierung der Fernheizzentrale im Schulzentrum Kreuzfeld, Turnhallenstrasse 20, Langenthal, wird genehmigt.**
- 2. Der erforderliche Kredit in der Höhe von total Fr. 1'955'000.00 (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 661.503.25 "Sanierung Fernheizzentrale im Schulzentrum Kreuzfeld", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 4. Postulat der SP/GL-Fraktion vom 15. September 2014: "Wissen für die Zukunft erhalten, historische Werte Langenthals sichern"; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Daniel Rüeegger (EVP):** Das vorliegende Postulat stehe im Zusammenhang mit der am 18. Mai 2009 erheblich erklärten *Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv* und mit dem am 18. Juni 2012 erheblich erklärten aber mit Stadtratsbeschluss vom 18. März 2013 bereits abbeschriebenen *Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals*. Die Verwaltung habe sich bereits mehrmals mit der Thematik beschäftigt.

Im Rahmen dieser politischen Vorstösse seien folgende Aspekte bereits behandelt worden:

- Prüfung eines Stadtarchivs im Zusammenhang mit einem Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Mühleareal,
- Vernehmlassung zu einem Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Mühleareal.

Der Gemeinderat habe entschieden, dass der Standort für ein zukünftiges Stadtarchiv extern abgeklärt werden müsse und, dass für das zukünftige Stadtarchiv eine Fläche von 400m<sup>2</sup> vorzusehen sei. Auf dieser Fläche soll später auch die Kunstsammlung und der Fundus des Museums untergebracht werden.

Im Zusammenhang mit dem *Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals* sei Kontakt mit der "Stiftung zur Förderung wissenschaftlich-heimatkundlicher Forschung über die Stadt und die Gemeinde Langenthal (Forschungsstiftung)" aufgenommen worden, um nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen.

Im Mai dieses Jahres habe der Gemeinderat der Firma Afa Archiv GmbH in Bern den Auftrag erteilt, die Altbestände der Archive in Langenthal zu erschliessen. Im Juni dieses Jahres sei ein Leistungsvertrag zwischen der Stadt Langenthal und der Forschungsstiftung abgeschlossen worden. Gleichzeitig sei Herr Simon Kuert als Beauftragter der Stadt Langenthal von der Stiftung eingesetzt worden, um die Arbeit auszuführen. Der Gemeinderat habe in diesem Zusammenhang einen Kredit von Fr. 145'000.00 bewilligt. Damit sei der Grundstein für eine professionelle Reorganisation des Stadtarchivs gelegt worden. Die Arbeiten seien im Oktober dieses Jahres aufgenommen worden. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass die Arbeiten bis Ende 2017 abgeschlossen sein werden, so dass alle archiwwürdigen Akten geordnet, verzeichnet und in altersbeständige Materialien verpackt sein werden. Die Akten sollen so aufbereitet werden, damit sie für Recherchen und Dokumentationen zur Verfügung stehen.

Die Stadt Langenthal habe sich auch bereits in der Vergangenheit engagiert, Lösungen zu suchen, um Archivmaterial alteingesessener Firmen lagern zu können. Das der Stadt im Jahr 2009 geschenkte Archiv der Firma Hector Egger sei dem Staatsarchiv des Kantons Bern übergeben worden, womit es der interessierten Öffentlichkeit heute zur Verfügung stehe. Auch für das Archiv der Porzellanfabrik werde nach Lösungen gesucht. Die Stadt stelle ihre Fachkompetenz zur Verfügung und helfe entsprechende Beziehungen zu knüpfen.

Das vorliegende Postulat verlange, dass die öffentliche Hand auch eine aktivere Rolle spiele, um Archive Privater erhalten zu können. Das Anliegen sei aus historischer Sicht absolut nachvollziehbar. Mit dem Konzept "Dokumentationszentrum der Oberaargauer Wirtschaft im Schloss Aarwangen" sei ein ähnliches Anliegen bereits geprüft worden. Die Umsetzung sei an den finanziellen Hürden gescheitert.



## Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

Die Idee der SP/GL-Fraktion sei mit einem enormen Aufwand verbunden. Die Übernahme solcher Aufgaben durch die öffentliche Hand sei nicht zielführend, weil es sich um keine Aufgabe der Stadt handle. Das Staatsarchiv in Bern habe den Auftrag, wichtige Archivalien privater Herkunft zu übernehmen.

Die im Postulat erwähnte Design-Tour der Region Oberaargau sei ein Angebot im Bereich des Stadtmarketings bzw. des Marketings der beteiligten Firmen. Die Stiftung Museum habe in diesem Zusammenhang mit weiteren Fachpersonen und der Stadt Langenthal ein neues Führungskonzept erarbeitet, worin diverse Führungen mit historischem und naturhistorischem Hintergrund angeboten werden.

Fazit: Die Altbestände der Stadt Langenthal werden aktuell aufgearbeitet, verzeichnet und korrekt verpackt. Es sei keine Aufgabe der Stadt, Archivräume für Private und Firmen zur Verfügung zu stellen. Zudem seien auch nicht alle Firmen dazu bereit, ihr Archiv der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Idee zur Initiierung einer Tour durch die geschichtsträchtigen Firmen und deren Ausstellungen sei sicher begrüßenswert, könne heute mangels Ressourcen aber nicht umgesetzt werden. Aufgrund dieser Fakten, beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat das Postulat zur Ablehnung.

**SP/GL-Fraktion, Bernhard Marti (SP):** Durch Fragen wie: "Was die Geschichte für Langenthal ausmacht?" oder, "Was alles zur Geschichte Langenthals gehört?" sei die SP/GL-Fraktion angeregt worden, das vorliegende Postulat einzureichen. Die Geschichte der Gemeinde, der Vereine und des öffentlichen Lebens werde aktiv durch die Stadt bewirtschaftet, so dass dieses Wissen auch künftigen Generationen zur Verfügung stehe. Von Seiten der Stadt bestehe jedoch nur beschränktes Interesse daran, die Geschichte der Langenthaler Firmen, die zum Teil seit über 100 Jahren bestehen, konservieren zu wollen. Obwohl die Geschichte der Langenthaler Firmen auch ein Teil der Geschichte Langenthals sei, werde die Konservierung dieses Wissens oftmals Privaten oder aber dem Zufall überlassen. Die Akten der für Langenthal bedeutenden Leinenweberei existieren heute nur noch Dank dem Umstand, dass sie von einem Privaten mit nach Hause genommen worden seien. Ohne dieses Engagement wären diese historisch wertvollen Unterlagen einfach entsorgt worden.

Der SP/GL-Fraktion dränge sich die Vermutung auf, dass die bisherige Archivstrategie der Stadt nicht ausreiche, wenn nicht das Risiko eingegangen werden wolle, die Erhaltung der Langenthaler Geschichte dem Zufall überlassen zu wollen. Der SP/GL-Fraktion gehe es darum, ein geschichtliches Gesamtkonzept zu erarbeiten und nicht um die Ordnung und die Verfügbarkeit der historischen Dokumente, die in den städtischen Archiven bereits gelagert seien. Aus dem Nichts heraus eine Firma zu zwingen, ihr Archiv der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sei nicht die Idee des Prüfungsauftrags. Es gehe auch nicht darum irgendjemandes Archivkeller zwangsweise zu enteignen. Es gehe darum, historische Werte nicht zu verlieren und diese allenfalls der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Von der SP/GL-Fraktion gäbe es keine Einwände, wenn der Gemeinderat bei der Prüfung des Postulats zum Schluss kommen sollte, den Aspekt der Langenthaler Geschichte, im Rahmen der Reorganisation des städtischen Archivs angehen zu wollen. Mit der Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats könnte ein erster Schritt zur Sicherung der Geschichte alteingesessener Firmen Langenthals für die Geschichte Langenthals gemacht werden.

**EVP/glp-Fraktion, Christoph Stäger (glp):** Die EVP/glp-Fraktion schliesse sich der Empfehlung des Gemeinderates einstimmig an. Das Anliegen sei zwar durchaus sinnvoll und wichtig. Wie der Gemeinderat sei aber die EVP/glp-Fraktion der Meinung, dass es sich dabei nicht um eine städtische Aufgabe handle. Eine ideelle Unterstützung des Anliegens seitens der Stadt sei zu begrüßen, ein weitergehendes Engagement finanzieller oder personeller Art gehöre jedoch nicht zu den Kernaufgaben der Stadt. Die EVP/glp-Fraktion erachte das kantonale Staatsarchiv als geeigneter.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Silvia Grimm-Berchtold (BDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde das Postulat nicht unterstützen. Dass historische Werte von öffentlichem Interesse seien, sei klar. Viele Firmen würden bereits heute über ein gut bewirtschaftetes Archiv verfügen. Das Archiv der Création Baumann beispielsweise sei anlässlich des Firmenjubiläums der Bevölkerung zugänglich gemacht worden. Zudem dürfe bezweifelt werde, dass eine Firma ihr Archiv vorbehaltlos an einem externen Ort lagern wolle.



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat der SP/GL-Fraktion vom 15. September 2014: "Wissen für die Zukunft erhalten, historische Werte Langenthals sichern" wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 5. Mitteilungen des Gemeinderates

### ■ Alte Mühle Langenthal/Information

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Am 15. September 2014 habe er den Stadtrat, anlässlich der Parlamentarischen Fragestunde (Traktandum Nr. 8), auf die ebenfalls am 15. September 2015 von der Stiftung Mühle publizierte Medienmitteilung hingewiesen. Die Medienmitteilung sei allen Stadtratsmitgliedern in schriftlicher Form zur Kenntnis gebracht worden.

Der Gemeinderat sei anlässlich der Gemeinderatssitzung am 17. September 2014 (vor den Herbstferien) offiziell vom Stiftungsratspräsidenten über die Situation informiert worden. Der Gemeinderat habe sich des Geschäfts angenommen, um in Zusammenarbeit mit der Stiftung Mühle möglichst speditiv gewisse Optionen prüfen zu können. Der Gemeinderat habe das Geschäft deshalb bereits an seiner ersten Sitzung nach den Herbstferien wieder behandelt und eine grundsätzliche Auslegeordnung vorgenommen.

Der Gemeinderat habe am 8. Oktober 2014 beschlossen, auf zwei unterschiedlichen Achsen zu fahren, und entsprechende organisatorische Vorbereitungen dazu vorzunehmen. Die eine Achse laufe darauf hinaus, intensiv zu prüfen, ob die Mühle in beschränktem Umfang geöffnet werden könnte, um dem Aspekt der Gratisnutzung wieder gerecht zu werden zu können. Nebst der Klärung verschiedener Eckpunkte (wer ist da, wenn offen? Ist ein funktionierendes Bewirtschaftungssystem vorhanden? Wer ist Anlaufstelle?), müssen diese Lösungen auch im Einklang mit dem Stiftungsrat geschehen. Die andere Achse laufe darauf hinaus, einen Prozess vorzubereiten, mit dem grundsätzliche und mittel- bis langfristige Optionen geprüft werden können.

Am 27. Oktober 2014 sei die *Motion Dietrich Pascal, Felber Lukas (beide jll), Marti Bernhard (SP), Lanz Rachel (EVP), Burlon Ralph (SVP), Moser Martina (SP), Zurlinden Urs (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP), Baumgartner Renato (SP), Gfeller Markus (FDP), Bayard Paul (SP), Moser Peter (FDP), Köhli Samuel (SP), Colicchio Umberto (BDP), Trachsel Ruth (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Oktober 2014: Provisorische Öffnung der "Alten Mühle"* eingereicht worden, deren Text entnommen werden könne, dass der Gemeinderat das Problem offenbar nicht ernst nehme und entsprechende untätig sei. Er denke, mit seinen Ausführungen den Beweis erbracht zu haben, dass sich der Gemeinderat in der ihm zu Verfügung stehenden Zeit und seit das Problem auf dem Tisch liege, mit der Lösung des Problems auseinandergesetzt habe und auseinandersetze.

Am 23. Oktober 2014 seien die Fraktionen schriftlich aufgefordert worden, Leute zu delegieren, die am Workshop bzw. am "runden Tisch" teilnehmen, um bestehende Vorstellungen, Ideen und Lösungsvorschläge zu präsentieren. Am "runden Tisch" müssen grundsätzlich drei Parteien vertreten sein: Politik (Delegierte der Fraktionen); Vertreter der Stiftung; Gemeinderat.

Bereits heute zeichne sich eine Lösung ab, die Mühle kurzfristig wieder öffnen zu können. Der genaue Zeitpunkt stehe zwar noch nicht fest. Er gehe davon aus, dass dies ab dem neuen Jahr der Fall sein werde. Die Mühle werde allerdings nur beschränkt nutzbar sein, um dem Anspruch der Öffentlichkeit in Bezug auf die Gratisnutzung gerecht werden zu können.

Der "runde Tisch" sei Dank der raschen Rückmeldungen der Fraktionen personell bereits zusammengestellt. Die durchgeführte Terminumfrage lasse darauf schliessen, dass der "runde Tisch" noch in diesem Jahr durchgeführt werden könne. Er hoffe, gute Diskussionen führen zu können.



# Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 6 A. Eingereichte Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 17. November 2014: Geschwindigkeitsschikane Löwenplatz

Motionstext:

### **"Geschwindigkeitsschikane Löwenplatz**

*Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Geschwindigkeitsschikane am Löwenplatz mit einer flachen Betonrampe zu optimieren.*

*Begründung:*

*Die Erfahrungen mit der neuen Geschwindigkeitsschikane am Löwenplatz sind durchwegs negativ. Für Velofahrer (insbesondere mit Rennvelos) ist die Stufe geradezu gefährlich. Es ist zu befürchten, dass es besonders in der Winterzeit zu Stürzen kommen könnte. Bei Unfällen wäre die Stadt wenn nicht allenfalls juristisch, so doch sicherlich moralisch haftbar. Durch Liefer- und Lastwagen, insbesondere mit Anhängern entstehen erhebliche Lärmimmissionen, welche die Anwohner unnötig belasten. Demgegenüber erfüllt die Schikane ihren eigentlichen Zweck nur teilweise: Da die Stufe kaum erkennbar ist, bremsen ortsfremde Autofahrer, wenn überhaupt, erst nach dem Fussgängerübergang. Die Geschwindigkeitsschikane in dieser Form ist unzweckmässig und sogar gefährlich. Es wird deshalb dringlich eine Optimierung gefordert mit Ersatz der Randsteine durch eine flache Betonrampe. Gemäss Fachleuten wäre dies technisch einfach realisierbar und finanziell tragbar (geschätzte Kosten zwischen 10'000 und 20'000 Franken). Mit einer breiteren Betonrampe wäre die Schikane besser sichtbar, für die Velofahrer ungefährlich und für die Anwohner weniger lärmbelastend."*

*Christoph Stäger und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 6 B. Eingereichte Motion Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 17. November 2014: Formulierung der Stimmzettel bei Gemeindeabstimmungen

Motionstext:

### "Formulierung der Stimmzettel bei Gemeindeabstimmungen

Auf den Stimmzetteln der Gemeindeabstimmung vom 29./30. November 2014 fehlt bei den finanziellen Vorlagen der Ausweis des zu bewilligenden Kredits (CHF 14,7 Mio.) und des Erhalts eines Aktienkapitals von CHF 10 Mio. im Falle der Umwandlung der Industriellen Betriebe in eine Aktiengesellschaft. Stattdessen wird auf den in der Botschaft dargestellten Gemeindebeschluss verwiesen. Ebenfalls bei der Budgetvorlage fehlen die Angaben über den geplanten Aufwand und Ertrag und das Defizit von CHF 9.746 Mio. Bei dieser Vorlage fehlt sogar der Verweis auf den in der Botschaft abgedruckten Gemeindebeschluss.

Diese Praxis ist verwirrend und führt bei den Stimmbürgern zu Unklarheiten. Es sollte klar sein, dass die wichtigsten finanziellen Eckwerte in der Abstimmungsfrage auf den Stimmzetteln vorhanden sind.

Deshalb wird der Gemeinderat beauftragt, inskünftig bei finanziellen Vorlagen die Kredithöhe und das Budgetdefizit bei der Budgetabstimmung auf den Stimmzetteln abzudrucken."

Beat Sterchi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

Gemeindeabstimmung vom 29./30. Nov. 2014		stadtlangenthal
Stimmzettel	Antwort	
<p>Wollen Sie dem Gemeindebeschluss "Industrielle Betriebe Langenthal; Umwandlung der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft; Teilrevision der Stadtverfassung", wie er auf Seite 13 der Botschaft abgedruckt ist (Ziffern 1.-4.), zustimmen?</p>		
<p><small>Vor dem Einwurf in die Urne vom Wahl- und Abstimmungsausschuss auf der Rückseite abstempeln lassen!</small></p>		

Gemeindeabstimmung vom 29./30. Nov. 2014		stadtlangenthal
Stimmzettel	Antwort	
<p>Wollen Sie dem Gemeindebeschluss "Renovation des Stadttheaters: Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Investitionskredites", wie er auf Seite 14 der Botschaft abgedruckt ist (Ziffern 1.-4.), zustimmen?</p>		
<p><small>Vor dem Einwurf in die Urne vom Wahl- und Abstimmungsausschuss auf der Rückseite abstempeln lassen!</small></p>		

Gemeindeabstimmung vom 29./30. Nov. 2014		stadtlangenthal
Stimmzettel	Antwort	
<p>Wollen Sie den Voranschlag der Stadt Langenthal für das Jahr 2015 mit einer Steueranlage in der Höhe des 1.38-fachen (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze und mit einer Liegenschaftsteuer von 1‰ (unverändert) des amtlichen Wertes genehmigen?</p>		
<p><small>Vor dem Einwurf in die Urne vom Wahl- und Abstimmungsausschuss auf der Rückseite abstempeln lassen!</small></p>		

Protokollauszug an

- Gemeinderat

<sup>1</sup> Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 7. In eigener Sache

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** erteilt Stadtrat Pascal Dietrich (jl) das Wort zur **Abgabe einer persönlichen Erklärung<sup>1</sup>**:

**Pascal Dietrich (jl)**: Die Sitzung sei relativ kurz gewesen, worauf schon die Traktandenliste habe schliessen lassen. Er habe sich gefragt, weshalb die Gelegenheit nicht genutzt worden sei, eine Parlamentarische Fragestunde auf die Traktandenliste zu setzen, anstatt diese jeweils am Schluss einer Monsterversammlung durchzuführen, wenn sowieso niemand mehr zuzuhören möge.

Die Durchführung einer Parlamentarischen Fragestunde hätte die Möglichkeit geboten, ein paar Fragen zu klären. Da er von dieser Möglichkeit aber nicht Gebrauch machen könne, melde er sich jetzt halt unter dem Titel "Persönliche Erklärung" zu Wort, um sich natürlich zum **Thema Stadttheater** zu äussern.

Grundsätzlich begrüsse er das Engagement und den an den Tag gelegten Kampfsgeist des Gemeinderats zum Thema Stadttheater. Trotzdem sei er irritiert, dass heute zum zweiten Mal in der Zeitung zu lesen sei, dass der Stadtpräsident gesagt habe, dass mit dem Verzicht auf den 4-Raum bestenfalls eine Million eingespart werden könne. Schon letzte Woche sei diese Aussage in der Zeitung gestanden. Er wisse wirklich nicht, ob der Stadtpräsident falsch zitiert werde, oder ob dieser diese Aussage tatsächlich gemacht habe, was kaum zu glauben wäre, da diese Aussage aktenwidrig sei. Er habe das Protokoll der Stadtratssitzung vom 27. Oktober 2014 (Seite 5/Folie) gelesen, worin schwarz auf weiss stehe, dass der 4-Raum brutto Fr. 2,4 Mio. bzw. nach Abzug der Beiträge des Kantons und der Stiftung auch netto noch Fr. 1,5 Mio. koste. Wenn der Stadtpräsident nun eine andere Aussage mache, sei dies einfach falsch ...

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** unterbricht Stadtrat Pascal Dietrich. Mit der Feststellung zu Händen des Protokolls, dass eine Persönliche Erklärung entsprechend Artikel 32 der Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>4</sup> zu erfolgen habe, werde Stadtrat Dietrich gebeten, sich daran zu halten.

**Pascal Dietrich (jl)** meint, sich nicht bewusst zu sein, sich in irgend einer Form nicht an die Bestimmungen gemäss Artikel 32 der Geschäftsordnung des Stadtrates zu halten.

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** weist Stadtrat Pascal Dietrich darauf hin, eine persönliche Debatte zu führen, was nicht im Sinne von Artikel 32 der Geschäftsordnung des Stadtrates sei.

**Pascal Dietrich (jl)** merkt an, nicht zu debattieren, sondern seine Meinung darüber kundzutun, dass er es irritierend finde, in der Zeitung falsche Aussagen lesen zu müssen, die nicht den Informationen des Gemeinderates an den Stadtrat entsprechen, wonach mit dem Verzicht auf den 4-Raum bestenfalls eine Million eingespart werden könnte.

Am Samstag sei der Tag der offenen Tür im Stadttheater gewesen. Er persönlich habe diese Information gut gefunden, weil er es grundsätzlich gut finde, informiert zu werden. Stadtrat Lukas Felber habe am Anlass die Frage gestellt, ob man sich sicher sei, dass die Betriebskosten mit der Variante, über die abgestimmt werden soll, nicht steigen werden, worauf diesem vom Stadtpräsidenten geantwortet worden sei, dass keine Garantie abgegeben werden könne, dass die Kosten nicht steigen werden. Wer die Abstimmungsbotschaft lese, stelle er aber fest, dass darin geschrieben stehe, dass die Betriebskosten gleich bleiben. Dies löse bei ihm die Frage aus, ob die Informationen an das Stimmvolk korrekt seien.

Diese Frage hätte er eigentlich in der Fragestunde stellen wollen. Da dies aber nicht möglich gewesen sei, stelle er die Frage eben auf diesem Weg.

<sup>1</sup> **Artikel 32 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Persönliche Erklärung)

Jedes Stadratsmitglied, die Fraktionen und die Mitglieder des Gemeinderats sind berechtigt, nach Abschluss der Traktandenliste eine Erklärung abzugeben. Diese Erklärung ist kurz und sachlich zu halten.



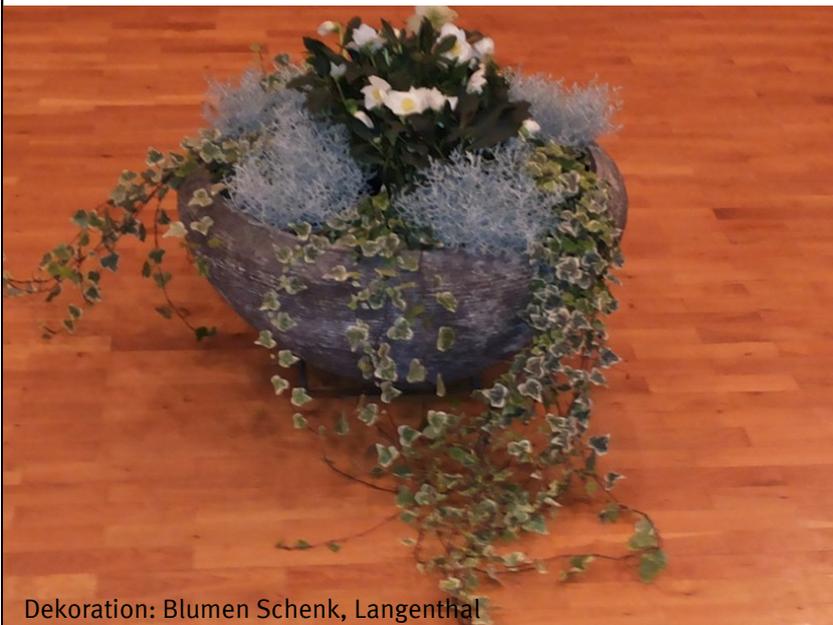
## Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung von Montag, 17. November 2014

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Aus Gründen der Fairness, erteile er auch kurz dem Stadtpräsidenten Thomas Rufener das Wort.

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Die Fr. 1,5 oder Fr 1,0 Mio. seien wahrscheinlich der Zankapfel. Er persönlich denke etwas weiter. In den Unterlagen sei dargelegt, was es koste, wenn der Raum gebaut werde. Nicht dargelegt sei, was es kosten würde, wenn der Raum nicht gebaut würde, da die Isolation genau gleich gemacht werden müsste, da die elektrischen Installationen in diesem Raum gleichwohl erneuert werden müssten etc. Er persönlich habe natürlich eine Überprüfung der Sowohl-Investitionen anfertigen lassen. Ein Antrag liege vor und darin sei ausgewiesen, wie viel der 4-Raum koste. In der Botschaft stehe nicht, was es kosten würde, wenn der 4-Raum nicht gebaut würde und auf wieviel sich die Kosten der Installationen (Isolation, Elektrik etc.) belaufen, die trotzdem vorgenommen werden müssten. Gemäss der energetischen Vorgabe müsste die Isolation anstatt an der Aussenwand an der Innenwand (gegenüber dem Orchestergraben) angebracht werden. Darin bestehe die Differenz seiner Aussage. Eine Darlegung von verschiedenen Varianten liege nicht vor. Im Übrigen wundere er sich schon, dass Fr. 500'000.00 bei einem Projekt von Fr. 14,7 Mio. brutto Mio., welches einer Kostenschätzungsgenauigkeit von plus/minus 10% entspreche, eine solche Auseinandersetzung auslösen.

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Mit dem besten Dank für die speditive Behandlung der Traktanden, weise er darauf hin, dass die nächste bzw. letzte Stadtratssitzung dieses Jahres am 15. Dezember 2014 stattfinde.



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---